

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Kleinzeile 5000 A, Reklamezeile 12500 A. Sämtliche Preise sind stets freibleibend.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer

94 Samstag, den 11. August 1923. 17 Jahrgang.

Bekanntmachungen der Interalliierten Rheinlandkommission.
Auf Grund der Verordnung Nr. 15 Artikel 15 geht folgendes zur Veröffentlichung zu:

Bekanntmachung
Wir erklären, daß die Eisenbahnregie der besagten Gebiete beschließen hat, um ihr Personal gegen die durch die fortgesetzte Auswertung der Währungs hervorgerufene Unsicherheit zu schützen, die Gehalts- und Lohngrundlagen ihrer Beamten, Bediensteten und Angestellten in Franken festzusetzen. Die Zahlung erfolgt in Mark zum Durchschnitt der letzten sieben Tage, die dem Zahlungstermin vorangehen.

Diese Maßnahme, die schon bei den Ausgabungen am Ende des Monats Juli in Kraft tritt, soll jetzt vom deutschen Personal der Regie her, gewürdigt.

Die kürzlich mit Wirkung vom 1. Juli auf 20 Prozent festgesetzte Prämie wird für die Monate August und September auf 30 Prozent erhöht.

Bekanntmachung
Die hohe Interalliierte Rheinlandkommission bringt zur Kenntnis, daß das Gebiet über Rhein- und Mittelrhein- und Mosel- und Saar- und die Zweite Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohlfahrts- vom 27. März 1923 der hohen Kommission nicht unterbreitet worden sind und daher in den besagten Gebieten keine Anwendung finden.

Bekanntmachung
Auf Grund des § 87 der Kreisordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 7. Juni 1885 wird nachstehend ein Auszug aus der Rechnung der Kreisverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Titel		Einnahme	Ausgabe
1. Allgemeines Verwaltung	3 113 008 84	2 014 141 40	
2. Kreisbauamt	37 197 87	159 601 92	
3. Eigene wirtschaftl. Unternehmung	3 069 81	4 892 17	
4. Förderung d. Landwirtsch.	27 109 24	117 447 75	
5. Förderung Handel und Gewerbe		507 70	
6. Kunst, Wissenschaft und Volksbildung		62 716 15	
7. Verkehrsanlagen	3 289 68	91 761 21	
8. Wohlfahrtsamt (Sondergewinn und Wohltätigkeit)	215 982 01	677 436 46	
9. Nach Wohlfahrtsamt (Krankenkassen und Gesundheitspflege)	220 499 56	492 692 70	
10. Polizeiverwaltung		3 852 50	
11. Kriegserfolg und Kriegshinterlass.	372 446 85	270 867 68	
12. Kreisverwaltungsamt	23 34 95	15 021 37	
13. Erwerbslosen-Sitzungen	55 505 28	60 184 65	
14. Bauwesen	7 394	5 746 05	
15. Aufwendungen für Landbau			
16. Unterhaltung landwirtschaftl. Maschinen	7 000	10 138 20	
17. Verschiedenes	432 379 01	81 432 58	
Summe:	4 221 531 28	4 100 476 49	

Neuer Kartenbrotpreis.
Ab Montag, den 13. August d. J., beträgt der Preis für ein Kartenbrot im Gewicht von 1000 Gramm 24 Pfennig nach dem Bekenntnis der Wiesbadener außer Viebrich 34 000 Mark.

Der Preis für den Verkauf von Rindfleisch, wie gewöhnlich die Bäder von dem Kommunalverband geboten, beträgt im Kleinverkauf 4300 Mark pro Pfund vom gleichen Tage ab.

Der Magistrat in Hochheim und die Bürgermeister der Landgemeinden ersuchen ich um sofortige persönliche Bekanntgabe.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. Nr. 11. Kornst. 1190. J. B. Tröblicher.

Bekanntmachung
Zur Folge Verfügung des Herrn Präsidenten des Landesschiedsgerichts vom 1. April 1923 — I. Sp. 91 A. 23 — (Min. Nr. 1. B. Nr. 6 Spalte 99) wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß im Monat Juli d. J. 7 p. H. der Anzeigen wegen Wuchers und Preisverhörs bei den zuständigen Stellen zur Strafverfolgung eingegangen sind.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. Nr. 11. 4063. J. B. Tröblicher.

Bekanntmachung
Auf Grund der Verordnung Nr. 15 Artikel 15 geht folgendes zur Veröffentlichung zu:

Bekanntmachung
Wir erklären, daß die Eisenbahnregie der besagten Gebiete beschließen hat, um ihr Personal gegen die durch die fortgesetzte Auswertung der Währungs hervorgerufene Unsicherheit zu schützen, die Gehalts- und Lohngrundlagen ihrer Beamten, Bediensteten und Angestellten in Franken festzusetzen. Die Zahlung erfolgt in Mark zum Durchschnitt der letzten sieben Tage, die dem Zahlungstermin vorangehen.

Der Präsident dankt, während sich die Abgeordneten von ihren Sitzen erheben, das Bleiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Harding. Er habe bereits dem amerikanischen Volkshaus von der Teilnahme des Reichstages Kenntnis gegeben. Der Präsident äußert dann den Wunsch, daß Amerika sich überzeugen möge, welche großen Verdienste um die Menschheit es sich erwerbe, wenn die größte und einflussreichste Republik der Erde ihre Mithilfe zur Befriedung und Befriedigung der Welt bieten würde. Der Präsident teilt dann mit, daß der Abg. Haegemann (Düsseld.) am Erscheinen verhindert sei, da er die Ausreiselerlaubnis nicht erhalten habe.

Die Rede des Reichstanzlers

Darauf nimmt der Reichstanzler das Wort, der zunächst von den Kommunisten am Sprechern verdrängt wird. (Diese rufen: Der Ausschuss der Finanzen und Konfession hat das Wort, Schwindler, Betrüger, abtreten, der lebende Reichstanzler, Sie sind ein Verbrecher am deutschen Volk, Ihr Ruf aus allen Seiten des Hauses, Ihr Ruf und Ihre Ausreden mit den Ausländern.) Der Abg. Frölich (Kommunist) erhebt zwei Ordnungsrufe. Präsident Lohde macht darauf aufmerksam, daß bei weiterer Nichtbefolgung seiner Warnungen eine grobliche Verletzung der Ordnung des Hauses vorliege und er die Ausweisung des betreffenden Abgeordneten vorsehen werde.

Reichstanzler Cuno beginnt dann seine Rede und erinnert daran, daß am Samstag das deutsche Volk den Verfassungstag begehen werde. Trotz aller Bedrückungen würde die Bevölkerung am Rhein an ihrer Treue zum Vaterland festhalten. Bei der Mehrheit. Die Entscheidung liegt jetzt bei England. Aber es wäre zwecklos und gefährlich in die Augen zu blicken, sich über die Einzelheiten dieser englischen Mission zu verbreiten und Kombinationen daran zu knüpfen. Wir dürfen nicht an England, sondern müssen an uns selbst glauben. Wir haben immer den Willen zur Verständigung mit Frankreich. Aber Frankreich will, daß wir vor jeder Verhandlung den passiven Widerstand aufgeben. Wir sollen also unser Vaterland auf Gnade oder Ungnade ausliefern. Dies ist also eine Forderung auf die die Regierung nicht eingehen kann. (Lebhafter Beifall.) Hinter dieser einen Unmöglichkeit käme noch eine Reihe weiterer Unmöglichkeiten. Man würde uns zur Unterschrift ein Dokument vorlegen, das so ausgefertigt wäre, daß alles nachgeholt würde, was der Verfall der Vertrag verursacht hat. Reichstanzler Cuno fortsetzend:

Wir sind ihnen gegenüber nur auf uns selbst angewiesen. Zur Erhaltung des Bestandes unseres Landes müssen wir jedes, aber auch jedes Opfer bringen. (Rufe bei den Kommunisten: Das ist ja ein aufgeregter Schwindel.) Wir müssen festhalten an dem gewalttätigen passiven Widerstand, frei von sinnlosen Gewalttaten. (Abg. Lebebour: Sie unterstützen ja Sozialpolitik.) Der Reichstanzler geht dann auf die Innenpolitik und vor allem auf die Wirtschaftslage ein. Die Erhaltung unserer Wirtschaft müsse erreicht werden, ohne Rücksicht auf einen Staat oder auf bestimmte Wirtschaftskreise. (Am Schluß an diese Worte kommt es zu minutenlangen Schimpfen, die Abg. Frölich und Roehnen, Kommunisten, rufen: Bankrott, Präsident Lohde erhebt durch diese kommunistischen Zwischenrufe in die Zeit der Not dem Volk nicht nach das Bild der Zahlungslosigkeit unserer Abgeordneten zu bieten. Die Warnungen des Präsidenten blieben erfolglos. Erst nach einigen Minuten kann der Reichstanzler in seiner Rede fortfahren.)

Der Cuno kündigt als nächste Vorlagen der Regierung an: Verbeständigung Anleihen, neue härtere Steuererlasse und Förderung der Wirtschaft. Es komme vor allem darauf an, die Tätigkeit der Betriebe einzufrieren und überflüssige Einfuhr zu unterbinden. Sobald in den einzelnen Wirtschaftskreisen der Weltmarktpreis erreicht sei, sei die Tätigkeit der Außenhandelsstellen überflüssig geworden. Die Reichsbank stehe vor wichtigen währungspolitischen Aufgaben, die mit Vorsicht und Entschlossenheit zu lösen seien.

An die Landwirte richte die Regierung die dringende Mahnung, nicht nur zu arbeiten, sondern auch in der Befreiung von Lebensmitteln ihre Pflicht zu tun. Die Arbeitgeber aller Stände sollten der Entwertung des Geldes bei der Bemessung der Löhne und Gehälter Rechnung tragen.

Seit dem Kriege ist unser Volk viel ärmer geworden. Wir müssen mehr sparen und mehr arbeiten. (Rufe bei den Kommunisten: Sie sparen und wir arbeiten.) Die Regierung ist auf dem Boden (Beifall) und larmende Jurale bei den Kommunisten.) Das vaterländische Bewußtsein muß heute ein Band der Einigung sein. Die Verfassung läßt den Ländern die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Verfassungen, doch darf diese Verschiedenheit nicht zu einer Gefahr für die Außenpolitik des Reiches werden.

Wir können eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben, wenn der Reichstag hinter einer starken Regierung steht. (Stürmisches Gekröche links und rechts: Cuno, der Starke.) Mehr als 6 Monate sind es her, daß ich mein

Amt übernommen habe. Ich habe es nur getan, weil ich dem Vaterland dienen wollte. Ich kann an dieser Stelle nur dem Vaterlande solange meine Kraft widmen, als ich das Vertrauen des Reichstages habe, aber nicht einen Tag länger. (Beifall und handstreichende rechts, Rufe bei den Kommunisten: Treten Sie ab.)

Reichsfinanzminister Dr. Hermes nimmt hierauf das Wort zur Begründung der neuen Steuererlässe. Niemals seit dem Abbruch des Versailler Vertrages seien solche Eingriffe in die deutsche Staatshoheit, das deutsche Finanzwesen und die deutsche Wirtschaft vorgenommen worden, wie in den letzten Monaten. Das Reich habe durch den Ruhrkampf nicht nur große Kosten, es habe auch ungeheure Einnahmeverluste erlitten. Die Reichspost sei in einer noch unangenehmeren Lage, als die Reichsbahn. Der mit einer Billion veranschlagte Fehlbetrag der Post dürfte wesentlich höher werden. Um eine gesunde Betriebsführung in der Wirtschaft zu ermöglichen, werden wertbeständige Tarife eingeführt, bei der Reichsbahn am 8. und bei der Post am 15. September.

Aus den Leistungen des Friedensvertrages hat Deutschland bisher annähernd 6 Milliarden an Geld- und Sachlieferungen aufgebracht. Es kann aber vor der Welt nicht deutlich genug betont werden, welche gewaltigen Leistungen Deutschland trotz alledem fertiggebracht hat.

Zu der Einkommensteuervorlage übergehend, erklärte der Minister, daß die Heraushebung der Vorzugsbeträge auf die Einkommensteuer auf das 100fache und auf das 140fache bei der Körperschaftsteuer längst durch die Geldentwertung überholt seien, jedoch eine ganz außerordentliche Erhöhung eintreten müsse.

Bei der Tabaksteuer würden die Nachteile der Versteigerung, die jetzt dem Staat hands, aus der Zeit der Nachversteuerung ersparten. Im Anschluß merke zu prüfen, ob sich nicht noch weitere Steuerquellen erschließen lassen.

Im Herbst werde bei einer Reform der Einkommensteuer auch die Frage der Goldbilanz und Goldrechnung zu entscheiden sein. Schon jetzt seien im Auftrag der Reichsregierung Sachverständige mit der Frage beschäftigt, ob sich eine Reformrechnung einführen lasse. Die Meinungen der Sachverständigen gingen allerdings weit auseinander. Das finanzielle Verhältnis des Reiches zu den Ländern und Gemeinden bedürfe einer Neuordnung. Die Länder sollten ihre eigenen finanziellen Quellen besser ausschöpfen, darum solle den Ländern und Gemeinden durch den neuen Finanzausgleich eine größere Selbstständigkeit auf dem Gebiete der Einnahmen gewährt werden.

Die neue Goldanleihe solle bis zum Betrage von 50 Millionen dadurch gesichert werden, daß zur Deckung des Zinsendienstes die Zuschläge zur Vermögenssteuer erhöht werden. Diese Anleihe wird steuerlich begünstigt sein durch Befreiung von der Körperschaftsteuer und der Erbschaftsteuer. Das Bedürfnis der Bevölkerung nach einem wertbeständigen Zahlungsmittel soll durch die neuen Schatzanweisungen befriedigt werden.

Das Reich kann eine solche Garantie aber nur übernehmen, wenn durch die übrigen von der Regierung getroffenen Maßnahmen Ordnung in den Geldverkehr gebracht wird und die Ausgaben durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden.

Darum bilden alle Vorlagen der Regierung ein zusammenhängendes Ganze. Die Geldordnung der Verhältnisse würde erst eintreten, wenn die Ruhelegung durch einen unparteiischen Spruch über den Umfang unserer Reparationsverpflichtungen abgeschlossen werde. Bis dahin müßten wir der Welt durch heldenmütige Erledigung der Steuererlässe beweisen, daß wir wirklich noch Möglichkeit finanzieller Ordnung bei uns schaffen wollen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Präsident Lohde teilt dann mit, daß nach Beschluß des Reichstages die Aussprache über die Regierungserklärung morgen beginnen soll.

Abg. Roehnen (Komm.) beantragte zur Geschäftsordnung, daß die Debatte sofort beginne, damit die unerhörte Rede des unfähigen Kanzlers nicht einen Tag unüberprüfbar hinausgehe. Die Arbeiterdelegationen in Groß-Berlin hätten diese Forderung an den Reichstag gerichtet. In diesen Betrieben sei schon jetzt passive Resistenz proklamiert worden, um Cunos Rücktritt zu erzwingen. (Beifall.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die Kommunisten haben heute im Reichstagsrat der Vertagung der Aussprache zugestimmt. (Rufe bei den Kommunisten: Da wählten wir noch nicht, daß Cuno solche unmögliche Zeug stammeln würde.) Wenn der Reichstag nach dieser Begründung dem kommunistischen Antrag zustimmen würde, so würde das die Abdankung des Parlaments bedeuten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. Um 5½ Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. Ausprache über die Regierungserklärung.

Ueber den Er